Willi Illguth
Dinardstr.6
82319 Starnberg

03.11.2026

An das Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit -
Stresemannstraße 128 -130
10117 Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,
Ihre Antwort vom 29.10.2026 auf mein Schreiben vom 20.10.2026 ist enttäuschend und angesichts der Tragweite des geplanten B2-Tunnels nicht akzeptabel.
Sie erklären, mein Anliegen sei bereits ausreichend beantwortet, und empfehlen mir erneut, mich an das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz zu wenden. Gleichzeitig erklären Sie meine Schreiben für abschließend beantwortet.
Ist das tatsächlich der Anspruch eines Bundesumweltministeriums, wenn es um massive Eingriffe in Grundwasser, Natur, Umwelt- und Klimaschutz geht?
Der Hinweis auf eine abgeschlossene Planfeststellung darf doch kein Freibrief sein, gravierende Umweltprobleme nicht mehr zur Kenntnis zu nehmen.
Nach dem Motto **„Planfestgestellt – aus – basta!“** kann sich eine verantwortungsbewusste Umweltpolitik nicht richten.
Mein Schreiben stand unter dem unmissverständlichen Betreff:
„300.000 € pro Tunnelmeter – Millionen für Beton und Stahl statt für Natur- und Grundwasserschutz!“

Die darin angesprochenen Probleme sind keineswegs nebensächlich. Sie betreffen die Zukunft einer ganzen Stadt und die Lebensgrundlagen kommender Generationen.
Umweltzerstörung auf Kosten künftiger Generationen - durch den geplanten B2-Tunnel:

1. Die rund 1,9 km lange Tunnelröhre verläuft nahezu auf ihrer gesamten Länge quer zu den Grundwasserströmen. Damit sind erhebliche Eingriffe in das Grundwasser zu befürchten.
2. Starnberg würde durch Tunnelröhre, unterirdischen Maschinenraum, tiefe Schächte, Fluchtstollen (bis zu 280 m Länge), Evakuierungsaufzüge, Not**AUF**stiege, Düker und weitere technische Anlagen auf einer Länge von insgesamt mehr als vier Kilometern unterirdisch ausgehöhlt.
3. Hinzu kommen zahlreiche oberirdische Baustelleneinrichtungen, umfangreiche Rodungen und zusätzliche Bodenversiegelungen. Während bundesweit Entsiegelung und Klimaanpassung gefordert werden, sollen in Starnberg weitere wertvolle innerstädtische Flächen versiegelt werden. Vor den Tunnelportalen sind weitere bodenversiegelnde Straßen von rund einem Kilometer geplant.
4. Allein für die Tunnelröhre werden wie unter www.kreisbote.online.de vom 20.01.26 zu lesen ist, rund 170.000 Tonnen Stahlbeton benötigt. Dazu kommen gewaltige Mengen Erdaushub, Transporte und weitere CO_2-intensive Baumaterialien.
5. Fünf Dükerbauwerke, darunter das Großbauwerk am Almeidaweg, mit 147 m und 159 m langen Entwässerungsstollen mit ca. 70 Grundwasser-Zu- und Ablaufrohren, erfordern weitere umfangreiche und langwierige Bauarbeiten.
6. Besonders schwer wiegt der geplante Abluftkamin am Schlossgarten mit unterirdischem Maschinenraum und einem rund 40 Meter tiefen Abluftkaminschacht. Nach den mir vorliegenden Angaben ist dafür zusammen mit weiteren Bauarbeiten

eine Bauzeit von rund sechs Jahren vorgesehen. Die Abgase würden ungefiltert vom Abluftkamin über Starnbergs Stadtmitte ausgestoßen – in der Nähe von Rathaus, Schulen und Kindergärten.

7. Durch die Bauarbeiten drohen erhebliche Beeinträchtigungen des Stadtbildes, des Baumbestandes und wertvoller innerstädtischer Naturflächen. Auch das staatliche Fischerei-Institut wäre nach Experteneinschätzung erheblich betroffen.
8. Für das Gesamtprojekt ist mit einer außergewöhnlich langen Bauzeit zu rechnen. Zu den bereits laufenden vorbereitenden Arbeiten kommen weitere jahrelange Großbaustellen. Aus einem ursprünglich geplanten Entlastungstunnel droht ein jahrzehntelanges Belastungsprojekt für die Starnberger Bevölkerung zu werden.

Fazit: Es darf nicht sein, dass das Umweltministerium nicht alle verfügbaren Mittel gegen ein Umweltzerstörungsprojekt einsetzt, das einem Ökozid in Starnberg gleichkommt! Natur, Klima und Lebensqualität müssen Vorrang vor wirtschaftlichen und politischen Interessen haben. Es ist unverantwortlich, kommenden Generationen ein ökologisch und finanziell fragwürdiges, längst überholtes Vorhaben auf Kosten unserer Heimat, Umwelt und Infrastruktur aufzubürden!

Herr Bundesumweltminister Carsten Schneider sollte sich mit diesen Fakten persönlich auseinandersetzen können. Meine Schreiben vom 20.10.2026, an ihn persönlich adressiert, kamen allerdings bereits zweimal als unzustellbar zurück. Es stellt sich daher die Frage, ob mein Anliegen den Minister überhaupt erreicht hat.
Ich erwarte von einem Bundesumweltministerium mehr als eine routinemäßige Behördenantwort und die Weiterverweisung an eine andere Stelle.
Es geht hier nicht um eine nebensächliche Meinungsverschiedenheit, sondern um die Frage, ob massive und möglicherweise nicht wiedergutzumachende Eingriffe in Natur, Grundwasser und Umwelt einfach hingenommen werden sollen, nur weil ein Projekt planfestgestellt ist.
Gerade in Zeiten des Klimawandels, zunehmender Hitzebelastung, notwendiger Starkregenvorsorge und wachsender Bedeutung des Trinkwasser- und Grundwasserschutzes ist es nicht nachvollziehbar, an einem derart umweltbelastenden Großprojekt unbeirrt festzuhalten.
Was heute an Natur und Umwelt zerstört wird, lässt sich für kommende Generationen nicht einfach wiederherstellen!
Ich fordere Sie deshalb auf, die vorgetragenen Fakten nicht erneut mit einem allgemeinen Hinweis auf die Planfeststellung abzutun, sondern konkret zu den Auswirkungen auf Grundwasser, Natur, Umwelt und Klima Stellung zu nehmen.
Alle Belege, Fakten und ausführlichen Darstellungen sind auf rund 90 Seiten in der **Starnberger WAHRHEIT** dokumentiert: **www.starnberger-wahrheit.de**

Eine weitere pauschale Antwort, mit der mein Anliegen lediglich für abgeschlossen erklärt wird, wäre angesichts der Tragweite dieses Vorhabens ein erschreckendes Zeichen mangelnder Verantwortung.

Mit freundlichen Grüßen
Willi Illguth
Herausgeber der Starnberger WAHRHEIT

Info@starnberger-wahrheit.de
Anhänge: Schreiben vom 23.08.2026 - aktuelles Schreiben als PDF